



Anke Simon, MdL
Heike Scharfenberger, MdL
Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion

Anke Simon, MdL, Oberstraße 15a, 67065 Ludwigshafen
Heike Scharfenberger, MdL, Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen

Wahlkreisbüro:
67065 Ludwigshafen
Oberstraße 15a
Telefon (0621) 57251330
Telefax (0621) 57251320
wk-buero@anke-simon-spd.de

Wahlkreisbüro:
67059 Ludwigshafen
Maxstraße 65
Telefon 0177 4195 277
Heike.scharfenberger@spd.landtag.rlp.de

Aktuelle Infos aus der SPD-Landtagsfraktion

22.06.2015

CSU-Maut für PKWs steht vor dem Aus

„Jetzt ist de facto klar, dass die CSU-Maut für PKWs kläglich gescheitert ist“, sagte unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer anlässlich der Ankündigung von Verkehrsminister Alexander Dobrindt, die Maut-Pläne bis zur Prüfung durch die Europäische Kommission auf Eis zu legen. „Die PKW-Maut ist damit für mehrere Jahre ausgesetzt. Nun muss die Union aber den nächsten Schritt gehen: CDU und CSU im Bund und in Rheinland-Pfalz sollten die Maut-Pläne beerdigen. Die Union sollte das Maut-Gesetz zurückziehen, bevor die EU der PKW-Maut den Todesstoß gibt. Die Menschen, vor allem die Unternehmen und Bürger in den Grenzregionen, brauchen so schnell wie möglich Klarheit“.

Es steht weiter die Gefahr im Raum, dass bei Umsetzung der PKW-Maut in den rheinland-pfälzischen Grenzregionen der Pendlerverkehr in die Nachbarstaaten zurückgeht und Besucherzahlen abebben. Der Wirtschaftsaustausch dürfte durch die PKW-Maut gehemmt werden. Völlig unverständlich ist daher, warum CDU und CSU sich bis zuletzt geweigert haben, gesetzlich oder per Verordnung die Einrichtung eines Maut-freien Korridors zu ermöglichen.

Astrid Schmitt, unsere verkehrspolitische Sprecherin sagte: „In Sachen Maut bekommt die Union, darunter auch die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner, heute die Quittung. Die vielfach vorgebrachten Argumente, dass die PKW-Maut nicht mit EU-Recht vereinbar ist, hat sie lapidar beiseite gewischt. Dabei hat die überwältigende Mehrheit der Experten stets betont, die CSU-Maut ist nicht mit dem Antidiskriminierungsgrundsatz der Europäischen Union vereinbar.“

Zuletzt hatte die SPD noch wichtige Korrekturen am Maut-Gesetz durchgesetzt. Dazu gehörten Änderungen bei den Zeitvignetten, eine Verbesserung des Datenschutzes durch Verkürzung der Speicherfristen sowie die gesetzliche Festschreibung eines Bürokratie- und Einnahmechecks zwei Jahre nach der Einführung der Maut.

Koalitionsfraktionen stellen Dieter Kugelman vor

Der Rechtsprofessor Dieter Kugelman wird neuer Datenschutzbeauftragter und Beauftragter für die Informationsfreiheit von Rheinland-Pfalz werden. Am vergangenen Mittwoch haben ihn unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer und GRÜNEN-Fraktionschef Daniel Köbler, sowie unser Parlamentarischer Geschäfts-

führer Carsten Pörksen, und die innenpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion, Pia Schellhammer, der Öffentlichkeit vorgestellt.

Zu der Nominierung von Dieter Kugelman erklären die Koalitionsfraktionen: „Mit Dieter Kugelman als neuem Datenschutzbeauftragten gewinnt Rheinland-Pfalz einen anerkannten Rechtswissenschaftler mit Schwerpunkten auf Transparenz und Datenschutz. Er ist als Sachwalter der Datenschutzinteressen der Bürgerinnen und Bürger bestens geeignet - sei es im Umgang mit Behörden, Unternehmen oder Privatpersonen. Er hat sich in seiner Habilitation intensiv mit Informationsfreiheitsrechten beschäftigt und in seiner Tätigkeit als Professor an der Hochschule Münster täglich mit der Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheitsrechten befasst. Als überparteiliche Persönlichkeit kann er das Amt des unabhängigen Datenschutzbeauftragten bestens ausfüllen.“

Kugelman soll im Juli im rheinland-pfälzischen Landtag zur Wahl stehen. Es ist vorgesehen, dass er im Herbst sein Amt antritt. Derzeit lehrt er an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster. Dieter Kugelman, 52 Jahre alt, ist verheiratet und Vater einer Tochter. Er ist SPD-Mitglied, hat jedoch nie ein Parteiamt inne gehabt. Kugelman ist in Landau geboren und in Hochstadt an der Südlichen Weinstraße aufgewachsen. Als Wissenschaftler hat Dieter Kugelman zwei „Standbeine“, wie er sagt. Zum einen hat er die Rechtsentwicklung in Europa und der EU beobachtet. Zum anderen hat er sich intensiv mit dem Bereich Information und Medien beschäftigt.

Zudem hat er sich mit den Themen Polizei- und Sicherheitsrecht, Flüchtlingsrecht sowie Informationsfreiheit, Medien- und Datenschutz befasst. Seiner Aussage zufolge hat Rheinland-Pfalz in Sachen Datenschutz eine „führende Rolle in Deutschland inne“. „Mich reizt es, dabei mitzuwirken, dass Rheinland-Pfalz Vorreiter in Fragen des Datenschutzes bleibt. Die Aufgabe als Datenschutzbeauftragter ist besonders spannend in dieser Umbruchphase des Datenschutzes in Europa. Der Datenschutz wird innerhalb der Europäischen Union angeglichen. Vieles ist in Bewegung, dadurch kann man viel bewegen und gestalten“.

Kugelman sagte: „Der Datenschutz in Europa wandelt sich. Es soll künftig für Privatpersonen leichter möglich sein, gegen Unternehmen oder gegen den Staat vorzugehen, wenn diese Datenschutzinteressen nicht beachten. Als Datenschutzbeauftragter wird es meine Aufgabe sein, den Einzelnen dabei zu helfen, auf den Schutz ihrer Daten zu pochen“. Kugelman weiter: „Im Bereich der Informationsfreiheit geht Rheinland-Pfalz als erstes deutsches Flächenland mit der Erarbeitung eines Transparenzgesetzes voran. Damit ist ein Kulturwandel der Verwaltung zu mehr Offenheit und Beteiligung verbunden. Es ist eine reizvolle Aufgabe, als Beauftragter für die Informationsfreiheit die Umsetzung dieses Gesetzes pragmatisch und zielorientiert zu begleiten. Gerade in Fällen der Abwägung zwischen Informationsinteresse der Öffentlichkeit und widerstreitenden Geheimhaltungsinteressen werde ich mich für die Interessen der Öffentlichkeit einsetzen“.

110 Projekte profitieren vom Landesschulbauprogramm

Unsere Bildungsministerin Vera Reiß hat angekündigt, dass das Land in diesem Jahr 110 Bauprojekte von kommunalen und privaten Trägern neu in die Förderung für Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahmen an Schulen in das Landes-

schulbauprogramm aufgenommen werden. Insgesamt umfasst die Förderung über das Landesschulbauprogramm damit in diesem Jahr 367 Bauprojekte in Rheinland-Pfalz. Im Landeshaushalt sind für das Landesbauprogramm 40,1 Millionen Euro veranschlagt. 287 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 25 Millionen Euro wurden in diesen Tagen bereits bewilligt.

Mit den Landesmitteln werden vor allem Projekte gefördert, die dem Bau von Unterrichts- und Fachräumen, von Verwaltungsräumen und Sportstätten oder aber Umbauten für die Verbesserung der Barrierefreiheit, des Brandschutzes und der Absicherung gegen Amokläufe dienen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Gewährleistung der Barrierefreiheit an den Schulen: 127 Schulen werden mit den Landesmitteln fit gemacht für die Ausweitung des inklusiven Unterrichtsangebots. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die notwendigen Bauvorhaben im Ganztagsschulbereich.

CDU mangelt es an Differenzierung in der Flüchtlingspolitik

In der Flüchtlingspolitik lässt die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig die notwendige Differenzierung missen. Dies zeigt sich an ihrer neuesten Forderung nach mehr Sprachkursen. Fakt ist, dass derzeit in Rheinland-Pfalz kein Flüchtlingskind ohne Sprachkurs bleibt – sei es in der Kindertagesstätte, in der Schule oder in der Erstaufnahmeeinrichtung.

CDU-Forderungen, für Jungen und Mädchen aus Flüchtlingsfamilien mehr Sprachkurse anzubieten, laufen daher ins Leere. Richtig sei, dass für erwachsene Flüchtlinge deutlich mehr Kurse angeboten und finanziert werden müssten, sagte unsere integrationspolitische Sprecherin, Ingeborg Sahler-Fesel. „Die rot-grüne Landesregierung hat eine landesweit tätige Koordinierungsstelle für Sprachkurse eingerichtet und die Zahl der vom Land geförderten Kurse verdoppelt. Dennoch besteht weiterhin Bedarf: Diese Lücke kann nur geschlossen werden, wenn der Bund endlich Sprach- und Integrationskurse auch für die Asylbegehrenden öffnet, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen sind. Das würde den Menschen Perspektiven bieten. Es wäre Grundlage dafür, dass die Menschen rascher auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen könnten. Neben dem Spracherwerb ist für die Integration und die Zukunftschancen der Flüchtlinge wichtig, dass diese direkten Kontakt zu Rheinland-Pfälzern haben.“

Die in Rheinland-Pfalz gepflegte Willkommenskultur ist wichtig. Gut ist, dass sich landesweit mehr als 100 Runde Tische um Flüchtlingsarbeit und die Integration von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern kümmern. Hier arbeiten Haupt- und Ehrenamt eng miteinander. Das Engagement ist über alle gesellschaftlichen Gruppierungen hinweg beeindruckend. In einem Impulspapier haben wir auf unserer Berlin-Klausur vergangene Woche weitere Vorschläge zur Flüchtlingspolitik vorgestellt. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Stärkung des ehrenamtlichen Engagements. Das Pfarramt für Ausländerarbeit in Bad Kreuznach ist bereits mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle „Ehrenamtliche Aktivitäten in Rheinland-Pfalz im Flüchtlingsbereich“ beauftragt worden. Sinnvoll ist auch, die bestehende Ehrenamtsplattform „Wir tun was“ und die Initiative „Ich bin dabei“ um ein gezieltes Angebot für ehrenamtliches Engagement im Flüchtlingsbereich zu erweitern. Zudem sollen abgelehnte Flüchtlinge, die ausreisen müssen, noch stärker dazu bewegt werden, freiwillig auszureisen. Das Programm „Rückkehr“ soll ausgebaut und stärker finanziell

unterfüttert werden. Denn freiwillige Ausreisen sparen Land und Kommunen Geld und sind menschlicher als Abschiebungen.

Eiertanz der CDU auf Kosten der Winzer

"Der politische Eiertanz der CDU in Sachen Rebflächen in Deutschland ist unfassbar", erklärte Wolfgang Schwarz, weinbaupolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. "Erst war die CDU im Bund und im Land für eine Ausweitung der Fläche maximal um 0,3 Prozent pro Jahr. Vergangene Woche hieß es dann, sie wolle doch ein Plus von 0,5 Prozent. Heute wiederum ist zu lesen: Dieser CDU-Beschluss ist aufgeschoben, Beratungsbedarf besteht."

All das zeigt: In der Weinbaupolitik steht die Union und die CDU in Rheinland-Pfalz nicht hinter den Winzerinnen und Winzern. Sie agiert gegen die Interessen des Weinbaus. Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich konsequent für den Schutz des rheinland-pfälzischen Weinbaus ein. Die von der EU angestrebte Liberalisierung der Reb-pflanzrechte würde dem Weinbau in Rheinland-Pfalz massiv schaden. Der qualitativ hochwertige Wein, der in Rheinland-Pfalz produziert wird, darf nicht durch billige Massenware zerstört werden.

"Lange waren sich in Rheinland-Pfalz alle Beteiligten einig, dass die politischen Kräfte an einem Strang ziehen müssen, um der Bundesregierung zu verdeutlichen, welche Notwendigkeiten für das größte Weinbaugebiet Deutschlands bestehen. Diese Linie hat die CDU in Rheinland-Pfalz nun mehrfach verlassen. Für den Weinbau ist das schädlich und unverantwortlich. Es ist an der Zeit, dass die CDU wieder zur gemeinsamen Position zum Schutz des Weinbaus zurückkehrt", forderte Wolfgang Schwarz.

ZAHLEN UND FAKTEN

INKLUSION IN RHEINLAND-PFALZ

Rund 20.000 Schülerinnen und Schüler haben in Rheinland-Pfalz einen sonderpädagogischen Förderbedarf (Schuljahr 2014/2015). Dies entspricht einer Förderquote von 5,6 Prozent.

□

270 Schwerpunktschulen gibt es im Schuljahr 2014/2015 in Rheinland-Pfalz. (Schuljahr 2015/2016: voraussichtlich 277 Schwerpunktschulen, davon 160 Grundschulen, 75 Realschulen plus und 42 Integrierte Gesamtschulen)

Rund 6.000 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf nehmen am inklusiven Unterricht der Schwerpunktschulen teil. Dies entspricht einem Inklusionsanteil von 29,2 Prozent.

Rund 14.000 Schülerinnen und Schüler werden an Förderschulen unterrichtet. 713 Förderschullehrkräfte sind in Rheinland-Pfalz im Schuljahr 2014/2015 im Einsatz. (Schuljahr 2015/2016: voraussichtlich 733 Förderschullehrkräfte)

*Wir wünschen Euch eine erfolgreiche Woche
Gruß Heike und Anke*